

### Zwangsarbeit, Lohnarbeit, Kapitalismus: Eine Auseinandersetzung mit Heide Gerstenberger

Hauck, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Verlag Barbara Budrich

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hauck, G. (2019). Zwangsarbeit, Lohnarbeit, Kapitalismus: Eine Auseinandersetzung mit Heide Gerstenberger. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 39(3), 472-489. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i3.10>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Gerhard Hauck

## Zwangsarbeit, Lohnarbeit, Kapitalismus Eine Auseinandersetzung mit Heide Gerstenberger\*

Max Weber beurteilte den „*Kapitalismus*“ ganz ohne Scheu als „die schicksalsvollste Macht unseres modernen Lebens“ (Weber 1921, I: 4; Hv.: i.O.). Der Erforschung von dessen Ursprüngen galt ab etwa 1904 sein gesamtes Lebenswerk. Nach Webers Ableben war es mit dieser Unbefangenheit vorbei. Das Wort „Kapitalismus“ verschwand ebenso aus dem Vokabular der akademischen Sozialwissenschaften wie das Interesse an den materiellen Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Moderne aus ihrem Themenkanon. Zu Recht spricht Gerhard Brandt (1972) vom „normativ-subjektivistischen Vorurteil“ der Mainstream-Soziologie und -Politologie. Daran hat sich bis heute kaum etwas geändert. Nur in Außen-seiter-Gruppierungen wie der Dependenz- und der Weltsystem-Theorie der 1970er/80er Jahre hat sich das Interesse an Kapitalismus-Analyse und -Kritik erhalten, um dann bei deren Nachfolgern in „Postdevelopment“ und „Postkolonialismus“ erneut stark abzuflauen – trotz des aufrüttelnden Weckrufs dagegen bei Arif Dirlik (1994) und einzelner Rückerinnerungen bei Gayatri Spivak (2008) und Stuart Hall (2004), der nicht umsonst von sich sagte, er bewege sich „in Rufweite des Marxismus“.

Von solchen Berührungspunkten ist Heide Gerstenbergs Werk *Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus* (2017) weit entfernt. Dessen zentrales Thema ist der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Gewalt, und den diskutiert sie in Auseinandersetzung mit Karl Marx und in Anknüpfung an Diskussionen in der Dependenz- und Weltsystemtheorie der 1970er/80er Jahre.

Für Karl Marx ist (übrigens genau wie für Max Weber) die *freie Lohnarbeit* ein konstitutives Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise. Kapitalismus setzt ihm zufolge die Verallgemeinerung der Warenproduktion voraus, was bedeutet, dass nicht mehr nur materielle Güter als Waren angeboten werden, sondern auch die Arbeitskraft überwiegend zur vom Arbeiter/von der Arbeiterin selbst auf dem Markt feilgebotenen Ware wird. Dies schließt die

\* Für viele wertvolle Hinweise und Kritiken danke ich Reinhart Kößler.

Möglichkeit der Ausbeutung nicht aus, sondern ein, denn verkaufen können sie ihre Arbeitskraft nur dann, wenn deren KäuferInnen und NutzerInnen dabei mehr herausholen, als sie summa summarum hineinstecken, wenn also die ArbeiterInnen mehr an Wert produzieren, als sie in Gestalt des Lohnes zurückerhalten – einen von den UnternehmerInnen unentgeltlich angeeigneten Mehrwert. Ausbeutung der unmittelbaren ProduzentInnen, unentgeltene Aneignung von Mehrarbeit gibt es in allen Klassengesellschaften. Anders als in allen anderen wird sie im Kapitalismus jedoch – zumindest in ihrer dominanten Form – nicht mittels direkter Zwangsangewendung seitens der herrschenden Gewalten, sondern über den Markt, über den Kauf und Verkauf von Arbeitskraft, zustande gebracht. Dies setzt die allgemeine Kontraktfreiheit voraus, die Freiheit einer jeden Person, mit jeder beliebigen anderen in Warentauschverhältnisse einzutreten, ohne durch die politischen Gewalten daran gehindert zu werden. Und diese Kontraktfreiheit schließt ausdrücklich auch die ArbeiterInnen ein. Nur wenn der Arbeiter<sup>1</sup> „als freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens, seiner Person“ über dieses verfügen kann (MEW 23: 182), wenn er persönlich und juristisch frei ist, kann er seine Arbeitskraft meistbietend auf dem Markt verkaufen – was deren Mobilität und Flexibilität entscheidend vergrößert.

An dieser Überzeugung von der konstitutiven Bedeutung der freien Lohnarbeit für die kapitalistische Produktionsweise entzündete sich in den 1970er Jahren ein heftiger Streit zwischen Autoren wie Immanuel Wallerstein (1979) und André Gunder Frank (1969) auf der einen, Armando Cordova (1973), Ernesto Laclau (1981) und Robert Brenner (1976; 1977) auf der anderen Seite. Die ersteren wiesen darauf hin, dass der Kapitalismus von Anfang an nicht nur freie Lohnarbeit, sondern auch neue Formen unfreier Arbeit produzierte und davon auch profitierte. Die letzteren konnten dies nicht bestreiten, bestanden aber darauf, dass die Überlegenheit des Kapitalismus als System der Akkumulation von Kapital im Vergleich zu anderen Produktionsweisen darauf beruhe, dass in ihm die freie Lohnarbeit zur *dominanten* Form des Arbeitsverhältnisses geworden sei. In den 1980er Jahren ebte dieser Streit langsam ab, ohne dass sich die beiden Seiten wesentlich nähergekommen waren. In ihrem ungeheuer materialreichen und schon deshalb verdienstvollen Opus Magnum „Markt und Gewalt“, einer wahren *chronique scandaleuse* des Kapitalismus, unternimmt es Heide Gerstenberger (2017), die Kontroverse neu zu entfachen. Sie bestreitet die These von der konstitutiven Bedeutung der freien Lohnarbeit für den Kapitalismus vehementer als nahezu all ihre VorgängerInnen. Ich vertrete die entgegengesetzte Meinung und

---

1 Bei Verwendung des Maskulinums sind ausschließlich Männer gemeint, oder Gendern ist nicht möglich, weil es sich um Paraphrase bzw. indirektes Zitat handelt.

möchte versuchen, sie gerade in Auseinandersetzung mit dieser extremen Gegenposition zu begründen. Dabei geht es mir alleine um die theoretische Interpretation, die die Autorin ihrem Material unterlegt. Mit ihr – und nur mit ihr – befasst sich der folgende Beitrag.

## Der Ursprung der modernen Sklaverei und der transatlantische SklavenInnenhandel

Für Gerstenbergers Überlegungen zentral ist in den ersten Teilen des Buches die Frage nach der Vereinbarkeit von *Sklaverei* und Kapitalismus. Sie beginnt mit der unstrittigen Feststellung, dass es Sklaverei und SklavenInnenhandel in Afrika gab „bevor sich Europäer in dieses Geschäft einmischten“ (Gerstenberger 2017: 35; vgl. auch Meillassoux 1989). Durch den im 16. Jahrhundert einsetzenden transatlantischen SklavInnenhandel<sup>2</sup> erreichte der Export der Ware Mensch aus Afrika dann allerdings eine völlig neue Dimension. Gerstenberger (2017: 36-46) referiert hierzu die allgemein anerkannten Ergebnisse der historischen Forschung. Die Gesamtzahl der Männer, Frauen und Kinder, die von Afrika aus über den Atlantik verschifft wurden, muss irgendwo zwischen 11 und 12 Millionen liegen, die meisten davon im 18. Jahrhundert. Der dadurch bewirkte Aderlass für Afrika lag jedoch noch um einiges höher, da auf den systematisch qualvoll überladenen Schiffen und auch auf den vorangehenden Jagden nach SlavInnen und Landtransporten noch zahlreiche Menschen umkamen. Die anfangs vor allem in die Karibik und nach Brasilien verbrachten SklavInnen wurden in den ersten Jahrhunderten vor allem in der Massenproduktion von Zucker für den europäischen Markt eingesetzt. Die Beschaffung der SklavInnen in Afrika selbst überließen die Europäer weitgehend den einheimischen Herrscherklassen, denen sie dafür (neben Brandy und Metallwaren) vor allem Feuerwaffen zur Sicherung ihrer Herrschaft und zur Jagd auf weitere SklavInnen lieferten. Aus allen drei Bestandteilen dieses „Dreieckshandels“ – dem SklavInnen- wie dem Zucker- wie dem Waffenhandel (der gelegentlich von einem einzigen Schiff in einer Tour bewältigt werden musste) – konnten europäische Unternehmer enorme Gewinne ziehen. Seinen Höhepunkt erlebte der afrikanische SklavInnenexport nach Amerika im 18. Jahrhundert.

2 Dass Europäer, insbesondere Niederländer und Briten, nicht nur den transatlantischen SklavInnenhandel betrieben, sondern auch in Ostasien (von China über Indien und die Philippinen bis Indonesien) in gewaltigem Umfang in diesem Geschäft tätig waren und SklavInnenarbeit ausbeuteten, wird in der Literatur nahezu vollständig übersehen. Vgl. hierzu Ewald Vanvugt's fantastisches, von der Materialfülle wie vom kritischen Impetus her Gerstenberger vergleichbares Buch *Roofstaat* (2016). Auch über die SklavInnenarbeit in den niederländischen Kolonien in der Karibik erfährt man dort mehr als irgendwo sonst.

1807 untersagte die britische Regierung den SklavInnenhandel und setzte auch bald schon Kriegsschiffe ein, um das Verbot und auch ihre Suprematie auf den Weltmeeren durchzusetzen. Dennoch lag er noch in den 1820er Jahren in der gleichen Größenordnung wie 50 Jahre zuvor und ging erst Mitte des Jahrhunderts wesentlich zurück.

## SklavInnenarbeit in Nordamerika/USA

Intensiver setzt sich Gerstenberger dann mit der Plantagensklaverei in USA auseinander. Ab Mitte des 17. Jahrhunderts wurde in einer nordamerikanischen Kolonie nach der anderen mit einem Gesetz nach dem anderen Sklaverei als gesonderter rechtlicher Status etabliert. „Sklaverei wurde erblich, die Taufe befreite nicht länger aus der Sklaverei und 1667 wurde in Virginia offiziell festgestellt, dass es nicht als ein Verbrechen gelten sollte, wenn ein Sklave an einer Züchtigung starb“ (Gerstenberger 2017: 86). Weiße Arbeitskräfte konnten zwar brutalen Einschränkungen unterworfen werden, aber versklavt wurden sie nie – „Sklaven waren immer schwarz“ (ebd.). Bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder erneuerte *Fugitive Slave Acts* erklärten die Tötung entfloherer SklavInnen für rechtens. Das private Eigentum an Menschen wurde vom Staat ebenso garantiert wie das an Sachen – trotz der allgemeinen Menschenrechtserklärung in der Unabhängigkeitserklärung. Und dies schloss prinzipiell das *ius utendi et abutendi* ein: Wenn SklavInnen „vergewaltigt, geschlagen, gequält oder verkauft wurden, konnten sie weder auf den Schutz des Gesetzes noch auf die Empörung der lokalen Gesellschaft hoffen. ... Für die Bestrafung von SklavInnen waren ausschließlich ihre eigenen Herren zuständig“ (ebd.: 93.). Die Anrufung staatlicher Gerichte gegen ihre Herren war für SklavInnen ausgeschlossen.

Nach diesen Erläuterungen wendet sich Gerstenberger der für ihre Argumentation zentralen Kritik an der „These von der strukturellen ökonomischen Grenze der Sklavenwirtschaft“ zu (ebd.: 97). Für diese These sieht sie in der Literatur vor allem drei Begründungen. „Versklavte Arbeitskräfte seien nicht mobil.“ „Versklavten Arbeitskräften fehle die Motivation für den produktiven Einsatz ihrer Arbeitskraft.“ „Die Sklavenwirtschaft habe den technischen Fortschritt ... verhindert“ (ebd.: 97f).

Die Frage der Motivation der Arbeitskräfte bedarf keiner allzu ausführlichen Diskussion. Dass die „Unfreiheit der Sklaven“ diese „zu besonders widerspenstigen Arbeitskräften gemacht habe“, lasse sich „historisch nicht belegen“ (ebd.: 103). Dies mag so sein oder auch nicht. Eine entscheidende Rolle spielt die *individuelle Motivation* der Arbeitskräfte im Gegensatz zu der Frage nach *sozialstrukturellen Hemmnissen* für kapitalistische Entwicklung

in der Diskussion um die konstitutive Bedeutung der freien Lohnarbeit für den Kapitalismus nirgendwo. Um solche geht es nur bei den beiden anderen Begründungen.

Was die Mobilität angeht, muss Gerstenberger allerdings schon im ersten Absatz zugestehen: „Im Vergleich zu freier Lohnarbeit ist Sklavenarbeit sehr viel stärker lokal gebunden, weshalb sie auch über längere Zeit in unproduktiven Betrieben gehalten werden konnte“ (ebd.: 98). Dennoch, so fährt sie fort, „war Sklavenarbeit nicht *völlig* immobil und Märkte für die Arbeitskraft von Sklaven waren nicht *völlig* abwesend“ (ebd.; Hv.: GH). Die Begründung aber ist abenteuerlich: Von der lokalen Verlagerung von SklavInnenarbeit aus dem alten Süden der USA in den Westen im 19. Jahrhundert seien 84 % (nach anderen Berechnungen 60-70 %) durch Verlagerung ganzer Plantagen zustande gekommen. Beim verbleibenden Rest könnten folglich auch Kauf und Verkauf von SklavInnen eine Rolle gespielt haben. Die Konsequenz ist in meinen Augen unausweichlich: Der Markt für SklavInnenarbeit war quantitativ völlig unbedeutend, denn jene Art von Verlagerung betraf ja nur einen Bruchteil aller SklavenInnenhalterbetriebe – den mobilsten –, und bei denen könnten in zwischen 16 % und 40 % der Fälle Kauf und Verkauf im Spiel gewesen sein. *Völlig* abwesend waren sie sicher nicht, aber jedenfalls enorm eingeschränkt – und diese Einschränkungen reichen aus, um der These von aus mangelnder Mobilität resultierenden „ökonomischen Grenzen der Sklavenwirtschaft“ einiges an Plausibilität zurückzugeben.

## Theoriediskussion I: freie und unfreie Arbeit im metropolitanen Kapitalismus

Des Weiteren aber erscheint es mir unerlässlich, ausführlicher als Gerstenberger dies tut, die theoretischen Hintergründe ihrer Thesen zu den mutmaßlichen „ökonomischen Grenzen der Sklavenwirtschaft“ zu diskutieren. Was den freien Lohnarbeiter/die Lohnarbeiterin vom Sklaven/der Sklavin unterscheidet, ist, dass der/die erstere seine Arbeitskraft „stets nur für bestimmte Zeit verkauf(t)“, während die/der letzteren nur „in Bausch und Bogen, ein für allemal“ gekauft werden kann. So steht es bei Marx (MEW 23: 182). Und prinzipiell stimmt Gerstenberger dem auch zu, etwa wenn sie schreibt, dass bei freier Lohnarbeit anders als bei Sklaverei „die Ausgaben für den Produktionsfaktor Arbeit ... je nach Bedarf kurzfristig erhöht oder gesenkt werden konnten“ (Gerstenberger 2017: 98; vgl. auch 510). Die Konsequenzen daraus aber sind sehr viel einschneidender als es bei ihr erscheinen mag. Sie bestehen nicht nur in der (mit dem Satz selbst schon eingestanden) Einschränkung der Mobilität der Arbeitskräfte unter den Bedingungen der Sklaverei. Dies

bedeutet auch, dass der einzelne Akt des SklavInnenkaufs jeweils nur unter Einsatz einer weit höheren Kapitalmenge vor sich gehen kann als unter Lohnarbeitsbedingungen – SklavInnen müssen „auf Lebenszeit“ und nicht nur für Stunden oder Tage gekauft werden. Und dies schränkt nicht nur die Mobilität der Arbeitskraft (noch weiter) ein, sondern auch die des Kapitals, denn es bindet die in den Kauf investierte Kapitalsumme langfristig – diese kann zumindest so lange nicht anderweitig investiert werden, bis sich der Sklave/die Sklavin „amortisiert“ hat (vgl. Meillassoux 1989: 95).<sup>3</sup> Dass dies der Effektivierung der Produktion nicht sonderlich zuträglich ist, liegt auf der Hand.

Gegen die These von der Unvereinbarkeit von SklavInnenarbeit und technischem Fortschritt wendet die Autorin zunächst ein, dass um 1850 5 % der SklavInnen in den Südstaaten der USA in der Industrie beschäftigt gewesen seien. Ja doch. Später fügt sie hinzu, zumindest in den Techniken der Arbeitsorganisation seien auch auf den Sklavenhalter-Plantagen vielfach deutliche Effektivitäts-Fortschritte erzielt worden, vor allem dadurch, dass die Produktion in arbeitsteilig geschiedene und einander in die Hand arbeitende *gangs* untergliedert wurde. Durch diese „ausgeklügelte Methode der Kontrolle von Arbeitskräften“ produzierten sie „einen auf Zeitmanagement basierenden Kapitalismus“ (ebd.).<sup>4</sup> Wenn aber planmäßig organisierte Arbeitsteilung verbunden mit Zeitmanagement und ausgeklügelten Methoden der Kontrolle von Arbeitskräften alleine schon „Kapitalismus“ konstituieren, dann ist dieser einige Jahrtausende älter, als er in Gerstenbergers Überlegungen erscheint<sup>5</sup>. Mir fiel dazu in Erinnerung an eine ältere Arbeit (Hauck 1979: 139) spontan der athenische SklavenInnenhalter Pamphaios (5. Jh. v. Chr.) ein, der in seiner Töpfereimanufaktur mit ca. 80 SklavInnen zwischen 10 und 30 Personen alleine mit dem Bemalen der Vasen beschäftigte (vgl. Heichelheim 1958, II: 95). Und auch die massenhafte manufakturmäßige Produktion der indischen *Musseline*, die im 16. bis

3 In afrikanischen Gesellschaften des frühen 20. Jahrhunderts, in denen mittels SklavInnen für den Weltmarkt produziert wurde, amortisierte sich nach Meillassoux ein Sklave/eine Sklavin durchschnittlich in etwa vier Jahren; vgl. ebd. 303.

4 Der auf der gleichen Linie wie Gerstenberger argumentierende Marcel van der Linden (2015: 50) geht sogar noch einen Schritt weiter und erklärt die SklavenInnenhalter-Gesellschaft auf *Barbados* im 17. Jahrhundert alleine aufgrund der Tatsache, dass sie diese *gang*-förmig organisierte Produktionsform praktizierte, zur „ersten voll entwickelten Variante des Kapitalismus“.

5 Natürlich kann man, wenn man will, mit André G. Frank (1998) „Kapitalismus“ auch so weit definieren, dass er jedwede Klassengesellschaft einbezieht und damit 5.000 Jahre und älter wird. Gerstenberger tut dies nicht, und zwar mit gutem Grund: Was bei dieser Operation unter den Tisch fällt, ist nämlich die spezifische Akkumulationsdynamik der kapitalistischen Produktionsweise, der durch die Konkurrenz der KapitalistInnen untereinander bewirkte Zwang zur permanenten Kapitalakkumulation und Effektivierung der Produktion; s.u.

18. Jahrhundert allen europäischen Tuchen so sehr überlegen waren, dass eine ganze Reihe von europäischen Staaten ihre Einfuhr verboten, um ihre eigene Tuchindustrie zu schützen (vgl. Hauck 2003: 118), kann nicht anders denn als arbeitsteilig geplante, zeitlich durchorganisierte und überwachte gedacht werden. Ganz ebenso die privaten chinesischen Großbetriebe des 15. bis 18. Jahrhunderts in der Salz-, Eisen- und Kohlegewinnung, die den europäischen der gleichen Zeit vom Output wie vom Umfang der Betriebe (bis zu 1.000 Beschäftigte!) durchaus ebenbürtig waren (vgl. ebd.: 124; Gernet 1983: 360ff). Oder der Bau der christlichen Kathedralen im europäischen Mittelalter. Oder der der Pyramiden im alten Ägypten. Arbeitsteilige und rational durchorganisierte Produktion auf hoher Stufenleiter gibt es fraglos nicht nur im Kapitalismus.

Ein zusätzliches Argument bezüglich des Verhältnisses von SklavenInnenwirtschaft und technischem Fortschritt hat Gerstenberger aber noch im Köcher. Sie bezieht sich dabei auf Charles Post (2011), der argumentiert, dass SklavenInnenhalter nicht darauf angewiesen seien, „der Konkurrenz durch die Erzielung von ‘relativem Mehrwert’ zu begegnen“ (Gerstenberger 2017: 103). Marx habe, so Post, als „absolute Mehrwertproduktion“ „die Steigerung der Produktion mittels Verlängerung des Arbeitstags und/oder Senkung von Löhnen“ verstanden, als „relative Mehrwertproduktion die Steigerung der Produktivität mittels der besseren Unterordnung der Arbeit unter das Kapital“ (ebd.) – durch Einführung effizienterer Maschinerie oder Arbeitsorganisation. Der kapitalistische Unternehmer sei durch die Konkurrenz gezwungen, ständig nach der Erzielung des relativen Mehrwerts zu streben, und daraus resultiere der technische Fortschritt und die ökonomische Dynamik der durch „Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen“ (MEW 23: 621) charakterisierten kapitalistischen Produktionsweise. In der Plantagenökonomie habe dieser Mechanismus der Sklaverei wegen nicht funktioniert, technische Neuerungen seien nur sporadisch und eher selten eingeführt worden. Gegen dieses Argument wendet Gerstenberger ein, es unterstelle, „dass Konkurrenzstrategien im Kapitalismus auf die Erzielung von Extraprofit begrenzt sind“, d.h. auf „Gewinne, die erzielt werden können, wenn mittels neuer Technologien billiger produziert werden kann“ (ebd.). Eine solche Unterstellung wäre natürlich unsinnig. Warum Post gezwungen sein sollte, sie zu machen, ist jedoch überhaupt nicht zu sehen. Es genügt, dass den KapitalistInnen mit den Methoden der „relativen“ zusätzlich zur „absoluten Mehrwertproduktion“ ein alternatives Instrument zur Steigerung ihrer Profite zur Verfügung steht – eines, das mutmaßlich auch in älteren Produktionsformen schon zur Anwendung kam, im Kapitalismus aber aus später noch ausführlicher zu



diskutierenden Gründen besonders hohe Bedeutung gewann. Welches von diesen alternativen Instrumenten der Profitsteigerung der einzelne Kapitalist/die einzelne Kapitalistin nutzen wird, ist in erster Linie eine Frage der Opportunitätsstrukturen – je nach Gelegenheit, je nach den juristischen Vorgaben v.a., wird er/sie sich für die eine oder die andere entscheiden. Und beide Entscheidungen, auch die für die absolute Mehrwertproduktion, sind, dies muss, Vivek Chibber (2018: 154f) folgend, eigens festgehalten werden, mit freier Lohnarbeit prinzipiell vereinbar. Diese setzt nur die Kontraktfreiheit voraus – der Arbeiter/die Arbeiterin muss als juristisch freie Person entscheiden können, ob er/sie in ein bestimmtes Arbeitsverhältnis eintritt oder nicht. Wie human oder weniger human dieses intern ausgestaltet ist, ist eine völlig andere Frage, die je nach den gegebenen Machtverhältnissen und gesetzlichen Rahmenbedingungen unterschiedlich beantwortet werden wird. Die Grenzen allerdings sind fließend; die Kontraktfreiheit selbst ist auch ein Machtfaktor (einer von vielen); absolut trennscharf ist die Unterscheidung nicht.

Mit Marx hat jedoch die Unterstellung, KapitalistInnen würden den Konkurrenzkampf untereinander ausschließlich mit den Methoden der „relativen Mehrwertproduktion“ führen, anders als bei Gerstenberger vorausgesetzt, überhaupt nichts zu tun. Der „Produktion des absoluten Mehrwerts“ widmet dieser in „Kapital I“ einen ganzen Abschnitt von 140 Seiten (MEW 23: 192-330). Er zeigt ausführlich und mit unzähligen historischen Belegen zu Kinderarbeit, Wechsel des Arbeitstags von 12 auf 14 und 15 Stunden, Nacharbeit, Arbeitshäusern, unregelmäßigen Mahlzeiten, unerträglichen Arbeitsbedingungen, verseuchten Schlafstätten usw., dass die Kapitalisten bis in die Zeit der Abfassung des Buches hinein, wo immer sich die Gelegenheit bot, auf die mit diesem Begriff bezeichneten gewaltsamen Methoden der Gewinnsteigerung mit all ihren Konsequenzen für die Lebenssituation der ArbeiterInnen zurückgriffen.

„Die kapitalistische Produktion, die wesentlich Produktion von Mehrwert, Einsaugung von Mehrarbeit ist, produziert also mit der Verlängerung des Arbeitstags nicht nur die Verkümmern der menschlichen Arbeitskraft, welche ihrer normalen moralischen und physischen Entwicklungs- und Betätigungsbedingungen beraubt wird. Sie produziert die vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft selbst.“ (MEW 23: 281)

In der Heftigkeit der Anklage unterscheidet sich all dies in nichts von Gerstenbergers Ausführungen zur gleichen Epoche (Gerstenberger 2017: 73ff, 342ff). Die Autorin legt besonderen Wert darauf, dass in den verschiedenen Fassungen der englischen *Master and Servants Act* die Nichterfüllung von Arbeitsvertrags-Verpflichtungen durch Arbeitskräfte als kriminelle Delikte

definiert waren, die mit Gefängnisstrafen und Auspeitschungen sanktioniert wurden – während „Arbeit‘geber‘ im Falle eines Vertragsbruchs lediglich der Zivilgerichtsbarkeit unterlagen“ (ebd.: 75). Ansonsten könnte das diesbezügliche Gerstenberger-Kapitel auch bei Marx stehen – und umgekehrt.

Gleichermaßen entmenschlichende Konsequenzen haben die Methoden der „relativen Mehrwertproduktion“ (ebd.: 331-340) nicht notwendig. Sie erlauben Profitsteigerung ohne direkten Raubbau an der Arbeitskraft – was selbstredend nicht das Motiv für ihre Einführung sein muss. Der Kapitalist/die Kapitalistin, der/die die Produktion in seinem Betrieb mittels neuer, Technologien effektiviert, kann billiger produzieren als seine KonkurrentInnen, seine/ihre Produkte aber zum gleichen Preis absetzen wie diese und die Differenz als Extraprofit einstreichen. Oder er/sie kann sie zu einem etwas niedrigeren Preis verkaufen und dadurch erhöhte Mengen mit weiterhin höheren Profitraten absetzen – so lange, bis sich die neuen Technologien verallgemeinert haben. Die inzwischen gemachten Extraprofite stehen ihm in jedem Fall zur Stärkung seiner Konkurrenzsituation, zu weiterer Akkumulation, idealiter zur Investition in wieder neue arbeitssparende Technologien zur Verfügung.

Was die „absolute Mehrwertproduktion“ in stärkerem Maße provoziert als die „relative“, ist der Widerstand der ArbeiterInnenklasse. Was die Verlängerung des Arbeitstags angeht, erfolgte „seit der Geburt der großen Industrie im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, eine lawinenartig gewaltsame und maßlose Überstürzung“ (ebd.: 294). Sobald jedoch „die vom Produktionslärm übertöpelte Arbeiterklasse wieder einigermaßen zur Besinnung kam, begann ihr Widerstand, zunächst im Geburtsland der großen Industrie, in England“ (ebd.). Marx verfolgt die englische Fabrikgesetzgebung von 1833 bis 1864. Besonderes Augenmerk legt er dabei auf die Fabrikakte zur Kinderarbeit – bei der von freier Lohnarbeit, von Verträgen zwischen freien und gleichen Vertragspartnern auf Augenhöhe offenkundig überhaupt keine Rede sein kann. Sein Fazit: Alle die Rechte der ArbeiterInnen einschließlich der arbeitenden Kinder stärkenden „Fortschritte“ (die immer wieder auch von „Rückschritten“ gefolgt waren), „waren Ergebnisse langwieriger Klassenkämpfe“ (ebd.: 299). Die „Freiheit“ der Lohnarbeit ist für Marx, anders als Gerstenberger unterstellt, offenbar alles andere als ein ein für allemal geschnürtes Geschenkpaket, das die Kapitalisten den ArbeiterInnen zu Beginn der industriellen Revolution überreicht hätten, weil sie sich ihnen „als eine ökonomisch profitablere Organisation aufgedrängt hätte“ (Gerstenberger 2017: 121). Sie ist für ihn wie für Gerstenberger (vgl. z.B. ebd.: 50, 64, 417) ein erkämpftes und allzeit umkämpftes Gut, „Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter“ (MEW 23: 286).

Dass Gerstenberger Marx und seinen Anhängern immer wieder vorwirft, sie übersähen, dass die weltweite Dominanz der freien Lohnarbeit in der Gegenwart „Resultat politischer Auseinandersetzungen“ (Gerstenberger 2017: 50) sei, bzw. dass die „Freisetzung“ der Arbeitskräfte „politisch erkämpft werden“ musste (ebd.: 64), kann ich nach alledem überhaupt nicht nachvollziehen.

Dass sie daraus schließt, „freie Lohnarbeit“ ... war und ist keine Voraussetzung kapitalistischer Produktion“ (ebd.: 50), ebenso wenig. Denn auf welche Weise auch immer es zustande gekommen ist, dass die freie Lohnarbeit „inzwischen weltweit dominiert“ (ebd.) – ist sie einmal etabliert, dann bietet sie spezifische Akkumulationschancen, die das Kapital nutzen kann. Wo sie dominiert, entscheidet der Markt über die Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Produktionszweige und -standorte. Wird die Arbeitskraft frei als Ware auf dem Markt gehandelt, ist die Chance, dass sie jeweils an dem Ort und in dem Gewerbe eingesetzt wird, wo ihr Einsatz den maximalen Gewinn verspricht, am höchsten. Die Effektivierung der Produktion durch Optimierung der Ressourcenallokation (und damit die Produktion des „relativen Mehrwerts“) wird als zur Verschärfung der physischen Ausbeutung (der Produktion des „absoluten Mehrwerts“) alternatives Mittel der Profitsteigerung besonders vielversprechend – was den beschleunigten Gang der Kapitalakkumulation und der Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus zu großen Teilen erklären kann. Es sind jene neuen, erst mit dem Dominantwerden der freien Lohnarbeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zutage tretenden und im Vorhinein noch gar nicht absehbaren Akkumulationschancen, die den KapitalistInnen die Preisgabe anderer Methoden der Profitsteigerung erträglich machten. Gesamtgesellschaftliche Umwälzungen, nicht individuelle Motivationen oder gar individuelle Vorstellungen von KapitalistInnen, mittels unfreier Arbeit würden sich keine Gewinne erzielen lassen (Gerstenberger widmet viele Seiten der Widerlegung der unsinnigen These, SklavenInnenhalterbetriebe könnten nicht profitlich arbeiten), haben die Befreiung der Lohnarbeit gebracht.

Verstärkt wird jene Tendenz zur Beschleunigung der Kapitalakkumulation unter Bedingungen der freien Lohnarbeit noch dadurch, dass, wo die Arbeitskraft nicht frei auf dem Markt ge- und verkauft werden kann, auch die Mobilität der anderen Produktionsfaktoren stark eingeschränkt ist. Im Vergleich mit der SklavInnenarbeit wurde das ja oben schon angedeutet: Die Arbeitskraft ist unter Sklavereibedingungen weniger mobil, weil zu ihrem Kauf und Verkauf in jedem Einzelfall weit höhere Kapitalmengen in Bewegung gebracht werden müssen als bei freier Lohnarbeit, und das Kapital ist es ebenfalls, weil seine Nutzung durch die Investition in die SklavInnenarbeit auf Jahre hinaus festgelegt ist. Noch deutlicher wird all dies jedoch

im Vergleich mit Leibeigenschaft, Schollenpflichtigkeit und Fronarbeit im europäischen Mittelalter (vgl. Brenner 1977). Die Schollenpflichtigkeit verhinderte (im Prinzip), dass die Arbeitskraft des/der Leibeigenen überhaupt anderswo als auf der Domäne des Herrn eingesetzt werden konnte. Und er/sie war nicht nur an seine/ihre Scholle gebunden, sondern diese auch an sie/ihn – die Parzelle, die ihr/ihm zur Eigenbewirtschaftung überlassen blieb, musste für die Produktion seiner/ihrer Subsistenz reserviert, von anderweitiger Nutzung ausgeschlossen bleiben. Schließlich musste, weil die Leibeigenen ihre Subsistenzmittel zum größten Teil selbst produzierten, auch der Markt für Konsumgüter eng begrenzt bleiben.

Als Zwischenfazit erscheint mir unabweisbar, dass entgegen Gerstenberger an der These von der konstitutiven Bedeutung der freien Lohnarbeit für den Kapitalismus festgehalten werden muss, weil nur so dessen spezifische Akkumulationsdynamik erklärt werden kann. Unabhängig davon bleibt jedoch die Frage, ob er auf der Grundlage der freien Lohnarbeit *alleine* hätte entstehen, seinen Bestand halten und jene Dynamik entfalten können.

## Theoriediskussion II: „ursprüngliche Akkumulation“

Was die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise angeht, herrscht in der linken Diskussion ungewohnte Einigkeit. Sie setzte die von Marx so genannte „ursprüngliche Akkumulation“, die gewaltsame Enteignung der unmittelbaren ProduzentInnen von ihren Produktionsmitteln, insbesondere der bäuerlichen Bevölkerung von ihrem Grund und Boden, durch die neu entstehende Kapitalistenklasse voraus, welche eben dadurch in die Lage versetzt wurde, die Arbeitskraft der nun Produktionsmittellosen zu kaufen. Ein zentraler Bestandteil dieser „ursprünglichen Akkumulation“ war das „Kolonialsystem“ einschließlich der „Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der einheimischen Bevölkerung in die Bergwerke“ Südamerikas, der „Eroberung und Ausplünderung von Ostindien“ und der „Verwandlung Afrikas in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute“ (MEW 23: 779). Für Marx gehören diese Methoden jedoch trotz einiger Einschränkungen wesentlich der Frühgeschichte der kapitalistischen Entwicklung an. Im entwickelten Kapitalismus reiche der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ im Regelfall aus, um die ArbeiterInnen der Herrschaft des Kapitals zu unterwerfen, „unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise“ (ebd.: 765).

Hier setzt Rosa Luxemburg deutlich andere Akzente. Für sie steht fest, dass der Kapitalismus nicht nur in seinen Anfangsstadien, sondern „auch in seiner vollen Reife ... auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer

Schichten und Gesellschaften“ (Luxemburg 1970 [1913]: 286) und die „Zersetzung“ nicht bloß „der europäischen Bauernwirtschaft und des Handwerks“, sondern auch der nichtkapitalistischen „Produktions- und Gesellschaftsformen in außereuropäischen Ländern“ (ebd.: 284) angewiesen ist. Und hier sieht sie die gleichen gewaltsamen Prozesse von „Raub, Erpressung und grobem Schwindel“ (ebd.: 306) am Werk, wie sie Marx als „ursprüngliche Akkumulation“ für die Frühzeit der kapitalistischen Epoche gekennzeichnet hatte. Die meisten neueren Entwürfe einer kritischen Entwicklungstheorie, sagen wir von Armando Cordova (1973), Samir Amin (1973) und Immanuel Wallerstein (1979) bis hin zu David Harvey (2003), schließen sich hier an. Auch Gerstenberger tut dies der Sache – wenngleich nicht der Begrifflichkeit – nach.

„(A)nders als in metropolen kapitalistischen Gesellschaften war Staatsgewalt in Kolonien unmittelbares Instrument kapitalistischer Akkumulationsstrategien“ (Gerstenberger 2017: 217). Der „zentrale Zweck staatlicher Gewalt“ war „die Sicherung von Aneignung“ (ebd.: 312). Entscheidend war dabei „die juristische Etablierung und gewaltsame Absicherung der Konzeption des Privateigentums“ (ebd.: 217). Direkte staatliche Gewaltanwendung ist in den Kolonien das zentrale Mittel der Mehrproduktaneignung, während dies in den Metropolen eben doch der Markt ist, in dem die Gewalt in Form der Eigentumsverhältnisse in den Hintergrund gedrängt ist – freie Lohnarbeit als dominantes (keineswegs als einziges!) Produktionsverhältnis hier, unfreie Arbeit jedweder Art dort. Eigens festgehalten werden muss, dass es sich bei jenen „Elementen von Unfreiheit und Gewalt in kolonialen Arbeitsverhältnissen“ nicht um vorkapitalistische Relikte, nicht um „Vorstufen kapitalistischer Arbeitsverhältnisse“ handelte, sondern „um Arbeitsverhältnisse, die sich gleichzeitig mit freien Lohnarbeitsverhältnissen entwickelten“ (ebd.: 285).

Festgehalten werden muss weiterhin, dass „Elemente von Unfreiheit und Gewalt“ in metropolitanen Arbeitsverhältnissen heute, auch wenn sie nicht mehr dominant sind, doch keineswegs ausgestorben sind. Gerstenberger behandelt dies in einem Kapitel mit der Überschrift „entgrenzte Ausbeutung“. Freiheitsrechte, die sich die ArbeiterInnen in den meisten Metropolen erobert hatten, werden insbesondere gegenüber ArbeitsmigrantInnen, wo sich die Möglichkeit ergibt, allüberall klammheimlich wieder eingezogen. Fehlende Aufenthaltsgenehmigungen sind das wichtigste Druckmittel. Gerstenberger referiert dazu ausführlich Berichte über migrantische Hausbedienstete in London, über LeiharbeiterInnen aus Rumänien, Polen und Bulgarien in deutschen Schlachthöfen, über Tagelohnarbeit in der US-amerikanischen Landwirtschaft und über erzwungene Sexarbeit allüberall auf der Welt.

## Historisches zur kapitalistischen Kolonialherrschaft

Wie jene Entwicklungen in der kolonialen Welt vonstatten gingen und welche Formen unfreier Arbeit dabei besondere Bedeutung erlangten, illustriert Gerstenberger in einer ungeheuren historischen Fleißarbeit an Dutzenden von Beispielen. In ausführlichen Detailstudien behandelt sie u.a.: *Sklaverei und Ersatzsklaverei* auf den Zuckerrohrplantagen der Karibik einschließlich der erfolgreichen Revolution gegen die Sklaverei auf Haiti ab 1793 und der Niederschlagung aller vergleichbaren Bewegungen auf Kuba im 19. Jahrhundert. *Schuld knechtschaft*, die z.B. in Bihar gebietsweise bis zu 80 % der Bevölkerung betraf. *Vertragsknechtschaft (Kuli-Arbeit)* in Westindien und auf den Teeplantagen von Assam, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass die Arbeitskräfte in weit entfernten Weltgegenden rekrutiert wurden (Indien und China im westindischen Fall, West- und Zentralindien in Assam), meist unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und stets mit Verträgen von fünf- und mehrjähriger Laufzeit, aus denen kein Ausstieg möglich war; in Assam kam erschwerend hinzu, dass die Kulis in geschlossenen *compounds* wohnen mussten, die sie nicht verlassen durften. *Zwangsarbeit* in allen afrikanischen Kolonien, bei der die zwangsweise Verpflichtung zu Trägerdiensten und der Zwangseinsatz in gigantischen Infrastrukturprojekten wie dem Bau der Congo-Ozean-Bahn in Französisch Äquatorial-Afrika besonders gefürchtet waren – bei diesem starben bis 1929 17.000 Menschen bei der Arbeit bzw. beim Transport, die offiziellen Statistiken geben für 1927 eine Todesrate von 45 % an, für 1928 39 % (Zahlen aus Hauck 2001: 217). *Genozid, Konzentrationslager und Prügelpolitik* in Deutsch-Südwestafrika – die Fakten des Genozids an Herero und Nama durch die deutsche Kolonialmacht sind hinreichend bekannt; weniger bekannt ist, dass die weißen Siedlerunternehmer von Anfang bis Ende der Kolonialzeit das Züchtigungsrecht an ihren ArbeiterInnen besaßen und dass das Auspeitschen mit der Nilpferdpeitsche durch staatliche wie durch private Instanzen unzähligen Todesopfer forderte (was immerhin zu einer Aufsehen erregenden Prozessserie im Jahre 1913 führte).

## Theoriediskussion III: freie und unfreie Arbeit im kapitalistischen Weltsystem

Gegen Ende dieser historischen Ausführungen zum Kolonialsystem kommt Gerstenberger kurz auf die theoretische Kernfrage zu sprechen:

„Völlig zu Recht fragt Michael Mann, ‘ob nicht die gleichzeitige Existenz von verschiedenen Formen der Arbeit unter kapitalistischen Wirtschaftsordnungen, aber eben in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen, nicht gerade die Dynamik, Aggressivität, um nicht zu sagen, die Virulenz des Kapitalismus ausmacht’...“ (Gerstenberger 2017: 285; Hv.: i.O.)

Leider verfolgt die Autorin diese Frage dann überhaupt nicht weiter, lässt sie sofort wieder fallen, versucht gar nicht, die darin steckende Vermutung argumentativ zu untermauern, sondern wendet sich umgehend weiteren historischen Detailfragen zu. Das ist schade, denn so bleiben all ihre Anmerkungen zum Kapitalismus als Weltsystem ein Torso ohne theoretische Abrundung. Eine solche könnte ohne größere Schwierigkeiten anknüpfen an die oben kurz referierten Überlegungen zur permanenten ursprünglichen Akkumulation, insbesondere an Rosa Luxemburg, Immanuel Wallerstein und Robert Brenner. Wie sie aussehen könnte sei abschließend kurz angedeutet.

Luxemburg geht davon aus, dass der Kapitalismus in den Metropolen ohne permanenten Austausch mit nichtkapitalistisch produzierenden Gesellschaften und Gesellschaftssektoren nicht existieren könnte – einem Austausch der diese Formationen als differente, von kapitalistischen unterschiedene, nach und nach samt und sonders zersetzen müsse. Grundlage ist der von Marx herausgearbeitete „Grundwiderspruch“ der kapitalistischen Produktionsweise: „ungefesselte Entwicklung der Produktivkraft und Vermehrung des Reichtums, der zugleich aus Waren besteht, versilbert werden muss, einerseits; andererseits als Grundlage Beschränkung der Masse der Produzenten auf die notwendigen Lebensmittel“ (MEW 26, III: 55). Einerseits herrscht im Kapitalismus der beständige Zwang zur Akkumulation und damit zur Revolutionierung der Produktivkräfte. Andererseits kann die Konsumtionskraft der Masse der Bevölkerung nicht im gleichen Maße gesteigert werden, weil die Löhne im Gefolge von außergewöhnlicher Akkumulation und außergewöhnlicher Nachfrage nach Arbeitskraft zwar steigen können, aber nicht über den Punkt hinaus, an dem eine weitere Steigerung die Gewinne der UnternehmerInnen schmälern würde, weil dann „die Akkumulation erlahmt und die steigende Lohnbewegung einen Gegenschlag erhält“ (MEW 23: 649). Der Kapitalismus kann nicht existieren, ohne zu akkumulieren, und nicht akkumulieren, wenn er keine wachsende Nachfrage vorfindet. Eine solche dauerhaft von Reallohnsteigerungen im Innern zu erhoffen, wäre illusorisch, denn diese würden langfristig die Profite und damit auch die Akkumulations- und Investitionsraten senken. Deshalb kann, so Luxemburg, nur ein wachsender Zufluss von Reichtümern aus nichtkapitalistisch produzierenden Formationen die kapitalistische Akkumulation auf Dauer sichern – ein Zufluss, der historisch, hier sind sich

Gerstenberger und die genannten Autoren einig, nirgendwo ohne direkte staatliche und nichtstaatliche Gewalt funktioniert hat. Bei Luxemburg ist somit schon impliziert, dass der Kapitalismus nur als *Weltsystem* existieren kann, wenngleich der Terminus erst durch Wallerstein in den sozialwissenschaftlichen Begriffskanon Eingang gefunden hat.

Für Wallerstein ist die einzig „angemessene Analyseeinheit“ für die Sozialwissenschaften der Gegenwart „das *Weltsystem*“, genauer: das „moderne“ oder „kapitalistische“ *Weltsystem*. Von „sozialen Systemen“ kann man nur bei gesellschaftlichen Gebilden reden, deren Entwicklung in erster Linie aus ihrer eigenen internen Dynamik erklärt werden kann. Bei den Nationalstaaten der Gegenwart ist dies eindeutig nicht der Fall, denn sie hängen allesamt vom Weltmarkt und der durch ihn bestimmten internationalen Arbeitsteilung ab. Für diese Arbeitsteilung entscheidend ist eine regionale Spezialisierung, die den einen, den „peripheren“ Regionen die Produktion mittels unfreier, niedrig-qualifizierter und niedrig-entlohnter Arbeit zuweist bzw. zugewiesen hat, den anderen, den „Metropolen“ die Produktion mittels freier, qualifizierter und hochtechnologischer Arbeit. Am Anfang stand die Arbeitsteilung zwischen West- und Osteuropa: Die „zweite Leibeigenschaft“, die zwangsweise Neu-Unterwerfung ehemals freier Bauern unter unfreie Arbeitsverhältnisse im Osten stand gleichursprünglich mit der Etablierung der freien Lohnarbeit im Westen an der Wiege des kapitalistischen *Weltsystems*. Die Kolonialexpansion brachte die Inkorporation immer neuer Weltteile als Peripherien. Im Zusammenhang mit den Macht-Asymmetrien zwischen Metropolen und Peripherien folgte daraus ein permanenter Reichtumstransfer von den letzteren in die ersteren. Dieser Transfer, dessen Hauptgrundlage die unfreie Arbeit ist, deren niedrige Entlohnung es erlaubt, die Preise der dort produzierten Waren extrem nach unten zu drücken, ist für Wallerstein das konstitutive, alles andere bestimmende Merkmal des kapitalistischen *Weltsystems*. Ohne ihn könne es keine Kapitalakkumulation (und folglich keinen Kapitalismus) geben. Wallersteins Argumentation ist hier alles andere als schlüssig (vgl. Hauck 1985). Sie übersieht vor allem die beschleunigte Produktivkraftentwicklung in den Metropolen, die eben nicht nur durch Reichtumszufluss von außen, sondern auch durch Optimierung der Ressourcenallokation im Innern zustande kam, welche ihrerseits, wie dargelegt, konstitutiv mit der Befreiung der Lohnarbeit zusammenhängt. Nicht bestritten werden kann jedoch, dass es jenen Werttransfer von Beginn der kapitalistischen Entwicklung an gegeben hat und auch heute noch gibt.<sup>6</sup>

---

6 Mit dem (unbegründeten) Einwand, jener Transfer sei quantitativ und qualitativ zu unbedeutend, um für die kapitalistische Entwicklung von Belang zu sein, werde ich mich hier nicht zum ixten Mal auseinandersetzen. Vgl. hierzu zuletzt Hauck 2014: 353ff.



Es gab ihn in Gestalt von Tausenden von Schiffsfuhren mit geraubtem Gold aus Mittel- und Südamerika nach Spanien und Portugal, in Gestalt von Milliardeneträge bringenden Gewürzexporten aus Indonesien, in Gestalt der oben bereits behandelten SklavInnenexporte aus Afrika nach Amerika usw. usf. Und es gibt ihn noch heute in Gestalt von Monopolprofiten und Gewinntransfers in den Peripherien tätiger metropolitaner Konzerne, in Gestalt von durch die Zoll- und Subventionspolitiken von EU und USA generierten Extraprofiten, in Gestalt von Schuldendienstzahlungen, in Gestalt von Patent- und Lizenzgebühren für metropolitane Produkte usw. usf. (vgl. Hauck 2014: 353ff) Die immense Bedeutung dieser Transfers zeigt sich am deutlichsten darin, dass er für das Problem der Unmöglichkeit einer mit der Kapitalakkumulation Schritt haltenden Steigerung der Konsumtionskraft der Masse der Bevölkerung eine Lösung bietet. Wenn die interne Nachfrage nicht ausreicht, um die produzierte Warenmenge abzunehmen, bietet ein Reichtumstransfer von außen einen Ausweg: die kaufkräftige Nachfrage kann ausgeweitet werden, ohne dass die Löhne in einer die Profite der UnternehmerInnen gefährdenden Weise erhöht werden müssten. Das Nachfrageproblem erledigt sich dadurch von selbst – und genau darin liegt die Bedeutung dieses Transfers.

Jenes „Außen“ allerdings darf nicht (wie durchweg bei Wallerstein) ausschließlich durch Staatsgrenzen definiert bleiben. „Außen“ sind für den metropolitanen Kapitalismus auch alle gesellschaftlichen Subsysteme, in denen mittels nicht-kapitalistischer Methoden Produktionsarbeit geleistet wird. Wichtigste Beispiele: Die Subsistenzökonomien in Hinterlandregionen Afrikas, Lateinamerikas und Süd- und Ost-Asiens und die überwiegend von Frauen getragene Subsistenzproduktion in den Haushalten allüberall auf der Welt. In beiden übernehmen die SubsistenzproduzentInnen Teile der Reproduktionskosten der im kapitalistischen Sektor beschäftigten Arbeitskräfte und ersparen diesem dadurch Lohnkosten – eine indirekte Form der Subventionierung, des Reichtumstransfers (vgl. Meillassoux 1975; Werlhof u.a. 1983)

## Fazit

Das begriffskonstitutive, den Kapitalismus von allen anderen Gesellschaftsformationen unterscheidende Merkmal ist die Dominanz der freien Lohnarbeit, welche ihm seine spezifische Akkumulationsdynamik und Flexibilität verleiht. Zu seiner Erhaltung konnte und musste er in seiner bisherigen Geschichte aber jederzeit auf Reichtumstransfers aus Gesellschaften oder Gesellschaftssektoren zurückgreifen, in denen andere, nicht auf freier Lohnarbeit beruhende Arbeitsverhältnisse dominierten. Zum dominanten

Produktionsverhältnis wurde die freie Lohnarbeit nur in den Metropolen – als Ergebnis mehrhundertjähriger Klassenkämpfe. Für die KapitalistInnen war sie immer nur eine Option neben anderen, mehr oder weniger gewaltsamen. Auf diese zu verzichten, waren sie niemals freiwillig bereit, konnten sie stets nur durch Druck von unten gezwungen werden. Ob sich daran im je konkreten Fall etwas ändern wird, ist eine Frage der Opportunitäten, der situationsbedingten Gelegenheiten. An der Peripherie wurde die freie Lohnarbeit niemals zum dominierenden Produktionsverhältnis. Im Gefolge der europäischen Kolonialexpansion, in der „Staatsgewalt“ generell „als unmittelbares Instrument kapitalistischer Akkumulationsstrategien“ genutzt wurde (s.o.), dominierten dort jederzeit Formen der unfreien Arbeit. In den Zeiten der formellen Kolonialherrschaft wurden überall Arbeitsverhältnisse wie Sklaverei, Schuldknechtschaft, Zwangsarbeit und Vertragsknechtschaft konserviert oder neu eingeführt. Eine Vielzahl ähnlicher Formen existieren jedoch auch nach der offiziellen Entkolonisierung weiter – von Schuldknechtschaft und Teilpacht auf dem indischen Subkontinent, in Indonesien und den Philippinen über Minifundien-Latifundien-Netzwerke in Lateinamerika, Kinderarbeit in Teppichwebereien in Marokko oder in indischen Steinbrüchen bis hin zu ungeschminkter Sklaverei, etwa in Mauretanien – Gerstenberger (2017: 510-530) liefert viele drastische Belege. Auf der Grundlage solcher Arbeitsverhältnisse findet von Anbeginn der kapitalistischen Entwicklung an ein permanenter Reichtumstransfer aus den Peripherien in die Metropolen statt, der das wirtschaftliche Wachstum in den letzteren gesichert, in den ersteren behindert hat. Dieser Transfer ist ein zentrales Merkmal des „historischen Kapitalismus“. Er bindet Metropolen und Peripherien aneinander zum *kapitalistischen Weltsystem*.

## Literatur

- Amin, Samir (1973): *Le développement inégal*. Paris.
- Brandt, Gerhard (1972): „Industrialisierung, Modernisierung, Soziale Entwicklung“. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Bd. 1, Nr. 1, S. 5-14 (<https://doi.org/10.1515/zfsoz-1972-0101>).
- Brenner, Robert (1976): „Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe“. In: *Past and Present*, Nr. 70, S. 30-75 (<https://doi.org/10.1093/past/70.1.30>).
- Brenner, Robert (1977): „The Origins of Capitalist Development. A Critique of Neo-Smithian Marxism“. In: *New Left Review*, Nr. 104, S. 25-92.
- Chibber, Vivek (2018): *Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals*. Berlin.
- Cordova, Armando (1973): *Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum*. Frankfurt a.M.
- Dirlik, Arif (1994): „The Postcolonial Aura“. In: *Critical Inquiry*, Bd. 20, Nr. 2, S. 328-356 (<https://doi.org/10.1086/448714>).
- Frank, André G. (1969): *Kapitalistische Entwicklung und Unterentwicklung*. Frankfurt a.M.
- Frank, André G. (1998): *ReOrient. Global Economy in the Asian Age*. Berkeley, US-CA.

- Gernet, Jacques (1983): *Die chinesische Welt*. Frankfurt a.M.
- Gerstenberger, Heide (2017): *Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus*. Münster.
- Hall, Stuart (2004): *Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4*. Hamburg.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford.
- Hauck, Gerhard (1979): *Von der klassenlosen zur Klassen-Gesellschaft*. Köln.
- Hauck, Gerhard (1985): „Zur Diskussion um Wallersteins Weltssystemperspektive“. In: *Das Argument*, Nr. 151, S. 343-354.
- Hauck, Gerhard (2001): *Gesellschaft und Staat in Afrika*. Frankfurt a.M.
- Hauck, Gerhard (2003): *Die Gesellschaftstheorie und ihr Anderes. Wider den Eurozentrismus der Sozialwissenschaften*. Münster.
- Hauck, Gerhard (2014): „Die Aktualität der ‘großen’ entwicklungstheoretischen Debatten der 1970er/1980er Jahre“. In: *Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 48. Entwicklungstheorien*. S. 352-380 ([https://doi.org/10.5771/9783845250298\\_357](https://doi.org/10.5771/9783845250298_357)).
- Heichelheim, Hans (1958): *An Ancient Economic History*. 2 Bde., Leiden.
- Laclau, Ernesto (1981): *Politik und Ideologie im Marxismus*. Berlin.
- Luxemburg, Rosa (1970 [1913]): *Die Akkumulation des Kapitals*. Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1969): *Das Kapital*. Bd. I., MEW 23, Berlin (DDR).
- Marx, Karl (1969): *Theorien über den Mehrwert*. MEW 26, 3 Bde, Berlin (DDR).
- Meillassoux, Claude (1975): *Femmes, greniers et capitaux*. Paris.
- Meillassoux, Claude (1989): *Anthropologie der Sklaverei*. Frankfurt a.M.
- Post, Charles (2011): *The American Road to Capitalism*. Leiden (<https://doi.org/10.1163/ej.9789004201040.i-298>).
- Spivak, Gayatri C. (2008): *Can the Subaltern Speak*. Wien.
- van der Linden, Marcel (2015): „Ursprüngliche Akkumulation und Proletarisierung“. In: Hauck, Gerhard; Ilse Lenz & Hanns Wienold (Hg.): *Entwicklung, Gewalt, Gedächtnis*. Münster. S. 40-55.
- Vanvugt, Ewald (2016). *Roofstaat. Wat Iedere Nederlander Moet Weten*. Amsterdam.
- Wallerstein, Immanuel (1979): *The Capitalist World Economy*. Cambridge.
- Weber, Max (1921): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. 3 Bde., Tübingen.
- Werlhof, Claudia v.; Maria Mies & Veronika Bennholt-Thomsen (Hg.) (1983): *Frauen – die letzte Kolonie*. Reinbek.

Anschrift des Autors:

Gerhard Hauck

gihauk@t-online.de